

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

2 (8.1.1947)

DER NEUE TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN UND WÜRTTEMBERG

2. Jahrgang

FBSW

Mittwoch, 8. Januar 1947

Einzelpreis 20 Pfennig

Frankreich vor der Präsidentenwahl

Preissenkung bringt Erleichterung - aber wie wird die nächste Regierung aussehen?

Paris (Rheina). In der vergangenen Woche ist in Frankreich eine zweifache Kursänderung vorgenommen worden, und zwar auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. Die Regierung Blum hat der Tendenz zu einer weiteren Steigerung der Preise sowie den unablässigen Forderungen auf Lohnerhöhung einen Riegel vorgeschoben.

Ihre Verordnungen hinsichtlich einer Preissenkung von 5 Prozent sind tatsächlich in Kraft getreten, und die Auswirkungen sind sogar auf dem Schwarzmarkt feststellbar. Eines ist sicher: sie haben den Zweck erreicht, eine vollkommene Aenderung der Atmosphäre herbeizuführen. Niemand will sich heute mehr daran erinnern, daß er sich aktiv an der Preistreibererei beteiligte, und sämtliche wirtschaftliche Organisationen, ja sogar jene, die im vergangenen Juni ein Emporschnellen der Getreidepreise auf beinahe das Doppelte veranlaßt hatten, verkünden heute laut, daß sie nie aufgehört haben, die Teuerung zu bekämpfen.

Grundsätzlich muß die Regierung Léon Blum allerdings in rund zehn Tagen, wenn der Präsident der Republik gewählt worden ist, zurücktreten. Die beiden großen Parteien, die im Augenblick ausgeschaltet sind, das MRP und die Kommunistische Partei, werden beide sich wieder an der Regierung beteiligen wollen; es dürfte jedoch nicht sehr wahrscheinlich sein, daß man auf das ehemalige Dreiparteiensystem zurückkommen wird, da es mit seiner Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens ein zu schlechtes Andenken hinterlassen hat.

Das MRP und die Kommunistische Partei werden also kaum gemeinsam an der Regierung vertreten sein. Zwei Möglichkeiten für die Bildung der neuen Regierung kommen praktisch in Betracht und werden zueinander in Gegensatz stehen: der kommunistische Führer Jacques Duclos empfahl im Verlauf eines vor kurzem erteilten Interviews eine „Regierung der demokratischen Konzentration“, die sich auf den Zusammenschluß von Sozialisten und Kommunisten stützen würde. Zwecks Vervollständigung der Mehrheit würde man versuchen, einige ehrliche Republikaner aus dem „Zusammenschluß der Linksparteien“ hinzuzuziehen, sowie einige Christlich-Sozialisten, die wirklich von sozialistischen Ideen durchdrungen sind, vom linken Flügel der MRP. Dem Plan zu einer derartigen Regierung stehen andere Vorschläge gegenüber, die z. B. die Sozialisten mit dem MRP und dem Zusammenschluß der Linksparteien kombinieren, was ein Wiederaufleben des ehemaligen Blocks der Mittelparteien bedeuten würde.

Anlässlich der Wahl des Präsidenten der Republik, die am 16. Januar stattfindet, wird aus den Wahlbündnissen und den Kontakten, die bei dieser Gelegenheit getätigt werden, deutlich zu sehen sein, welche politische Struktur die neue Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach haben wird.

Englands Schulden an Aegypten

Kairo. England sollte seine ungeheuren Schulden an Aegypten durch Rückerstattung der Suezkanal-Aktien, die es einst dem Khediven Ismail

Deutschland-Rundschau

ZUR PRUEFUNG DER ABRUESTUNG Deutschlands trat am Montag eine alliierte Kommission in Berlin zusammen. Sie wird ganz Deutschland bereisen.

FRANZ VON PAPAN wird noch diesen Monat, voraussichtlich in Nürnberg, vor die Spruchkammer gestellt werden.

DER NAZIURIST Karl Westphal beging im Nürnberger Gerichtsfängnis Selbstmord.

GEFANGENE KRIEGSVERBRECHER werden künftig nicht mehr als Kriegsgefangene behandelt werden.

GENE DIE BOMBENATTENTAEUER von Stuttgart begann vor dem amerikanischen Militärgericht der Prozeß.

DER EINHEITSAUSSCHUSS der drei Parteien in der Sowjetzone empfiehlt den Landtagsfraktionen der Bundesländer, die Verfassungen dieser Länder auf Grund der Verfassung Thüringens zu vereinheitlichen.

IM NEUEN JAHR werden in Berlin die Stromzufuhren für Industrie-, Handels- und Gewerbebetriebe gekürzt. Je nach der Dringlichkeitseinstufung des Betriebs geht die Kürzung von 5 bis 40 Prozent. Gleichzeitig wird die Haushaltszufuhr um 25 Prozent gesenkt.

EINE WOCHENZEITUNG DES FDGB, die „Tribüne“, erscheint künftig in einer Auflage von 300.000 Exemplaren für die ganze sowjetische Besatzungszone.

DIE KOHLENFORDERUNG in Sachsen-Anhalt hat mit etwa 43 Millionen Tonnen Rohkohle nahezu die Grenze der technischen Möglichkeiten erreicht.

EINE EINBRECHERSCHULE wurde von der Eisenacher Kriminalpolizei geschlossen, in der Jugendliche für Einbrüche auf Rechnung ihres Lehrers „geschult“ wurden.

EINE FACHSCHULE FUER WIRTSCHAFT und Verwaltung wird von der deutschen Zentral-Verwaltung für Volksbildung im Frühjahr in Dessau eröffnet werden.

DIE LANDTAGSWAHLEN in den Ländern der britischen Zone sind auf den 30. März festgesetzt worden.

DAS VERWALTUNGSAMT FUER WIRTSCHAFT in Minden hat am 1. Januar die Wirtschaftsverwaltung der britischen und amerikanischen Zone übernommen.

AUF DER NAECHSTEN SITZUNG des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin soll nach den Vorschlägen der SED und der CDU die neue Landesverfassung beraten werden.

abgekauft hat, beglichen, schreibt in der Zeitung „Al Misri“ Senator Mahmad Abul Fath, der darauf hinweist, daß Großbritannien Aegypten über 450 Millionen Pfund Sterling schuldet und Inhaber von 176 000 Suezkanal-Aktien ist, für die es im Jahre 1875 dem Khediven 100 Millionen Goldfranken bezahlt hatte. Der Senator hebt zur Bekräftigung seiner Auffassung hervor, daß Großbritannien anlässlich eines kürzlich abgeschlossenen Abkommens sich damit einverstanden erklärt hat, seine Investitionen in ägyptischen Eisenbahngesellschaften an Aegypten auf Schuldkonto abzutreten.

Zur Saarfrage

Saarbrücken. Vertreter der französischen Regierung des Saargebietes führen für den Wunsch der deutschen Bevölkerung auf wirtschaftliche Vereinigung mit Frankreich die Stellung der politischen Parteien an. Bei den letzten Gemeindevahlen führten die Christliche Volkspartei (53 Prozent der Stimmen) und die SPD (25 Prozent) den Wahlkampf unter dem Schlagwort „Wiedervereinigung mit Frankreich“. Demgegenüber erhielt die Kommunistische Partei, die sich als einzige Partei vorbehaltlos für Deutschland einsetzte, nur 8 Prozent der Gesamtstimmen.

SED und SPD auf einer Linie

Ebenso wie die SED hat auch die SPD Groß-Berlins ihr Bedauern über den Schritt Frankreichs ausgedrückt. Der Reichsvorstand der SPD in Man-

nover hat in einem Telegramm an die Sozialistische Partei Frankreichs sein Bedauern zu der französischen Entscheidung in der Saarfrage ausgesprochen.

Die Antifaschisten gegen Loritz (WAV)

München. „Der Landesausschuß der politischen Verfolgten in Bayern erhebt gegen die programmatische Erklärung des Herrn Staatsministers für Sonderaufgaben, Alfred Loritz, zur Entnazifizierung entschieden Protest“, heißt es in einem der Dema vom Landesausschuß am Freitag übermittelten Protestschreiben, das aber von der WAV von allen vier Parteien und vom bayrischen Hilfswerk unterschrieben ist. „Bei allem Verständnis gegenüber einem durch Erpressermethoden in die NSDAP gezwungenen kleinen Personenkreis bedeutet es eine Verkennung der Tatsachen, von Millionen von Mitmenschen zu sprechen, die nach 1933 in die NSDAP getrieben wurden und infolgedessen auch als „unglückliche Opfer des Naziterrors“ zu betrachten sind. Die Tatsache, daß sich nach der „Machtübernahme“ Millionen Deutscher aus Konjunkturgründen um die Aufnahme in die NSDAP bewarben und die Partei infolge des nicht zu bewältigenden Andrangs eine längere Aufnahmepause verhängen mußte, ist noch nicht vergessen und soll auch im Interesse der geschichtlichen Wahrheit nicht in Vergessenheit geraten.“

Müller (CSU) gegen Ehard (CSU)

München. Die „Süddeutsche Zeitung“ meldet, daß der Landesvorsitzende der CSU, Dr. Müller, voraussichtlich die Führung der Opposition gegen die Regierung Ehard (CSU) übernehmen wird. Bruderzwist im Hause Habsburg?

Neuer Tillessen-Prozeß in Konstanz

Freiburger Entscheidung rechtsungültig - Hitler-Amnestie verfassungswidrig

Rastatt. In der Schlussverhandlung des Rastatter Hohen Gerichts gegen den Erzberger-Mörder Tillessen wurde das Urteil verhängt. Danach wird das in Freiburg gefällte Urteil - Verfahrenseinstellung wegen Anwendbarkeit der Amnestie-Verordnung vom 21. März 1933 - aufgehoben. In der Urteilsbegründung des Tribunal Général heißt es, daß das Freiburger Urteil im Widerspruch zum Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrates, das anzuwenden sei, stehe. Ferner wurde die Amnestie vom März 1933 für ungültig erklärt, weil sie im Widerspruch zu der damals noch geltenden Weimarer Verfassung stand. Die Anwendung der Amnestie wurde sämtlichen Behörden und Verwaltungsstellen verboten. Das Verfahren wurde zur Neuverhandlung an das Landgericht Konstanz überwiesen.

SPD gegen Arbeitermehrheit

Regierung Stock in Hessen ohne KPD

Wiesbaden. Die neue hessische Regierung wurde ausschließlich von SPD und CDU gebildet. Sie setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident Stock (SPD), Stellvertreter und Finanzminister Hilpert (CDU), Inneres Zinnkann (SPD), Justiz Zinn (SPD), Kultus und Unterricht Stein (CDU), Wirtschaft und Verkehr Koch (SPD), Landwirtschaft und Ernährung Lorberg (CDU), Arbeit und Wohlfahrt Arndtgen (CDU), Säuberung Binder (SPD). Somit ist in Hessen, dessen Landtag eine Mehrheit von SPD und KPD aufweist, durch die Führung der SPD die zweite Arbeiterpartei aus der Regierung ausgeschaltet. Hierzu erklärte der Fraktionsvorsitzende der KPD im Landtag, Gen. Leo Bauer: „Die Kommunistische Partei stellt fest, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei Hessens sich dem Diktat der CDU gefügt hat, die von vornherein die Ausschaltung der KPD verlangte, um dadurch die linke Mehrheit unwirksam zu machen.“ Bereits früher hatte Gen. Walter Fisch, Landesvorsitzender der KPD, in einem Brief an den Landesvorsitzenden der SPD festgestellt, daß die Bildung einer Zweiparteienkoalition SPD-CDU bedeute, daß die Sozialdemokratische Partei im Begriff stehe, den politischen Auftrag ihrer Wähler zu mißachten. Gen. Fisch bezeichnete es als „un glaublichen Widerspruch“, wenn in einem Lande mit Arbeitermehrheit die entscheidenden Ministerien wie Wirtschaft, Ernährung und Kultus der CDU überlassen würden. Inzwischen ist dieser un glaubliche Widerspruch zum Schaden der Arbeiterklasse und des Fortschritts Tatsache geworden.“

Sammlung der Reaktion

Erklärung der KPD zur bayrischen Regierung

München. Die Landesleitung Bayern der KPD hat zur Bildung der neuen Regierung eine Erklärung abgegeben; sie stellt fest, daß sich nunmehr alle reaktionären und volksfeindlichen Kräfte zusammengesunden haben, und zwar sei dies das zwangsläufige Ergebnis der Högnerschen Koalitionspolitik um jeden Preis mit dem reaktionären Teil der CSU. Die Wahl des Führers der WAV, Dr. Alfred Loritz zum Säuberungsminister ist ein Schlag gegen eine gerechte Entnazifizierungspolitik

und beweist die Grundsatzlosigkeit der Kreise in CSU und SPD, die Loritz erst wütend bekämpften und sich jetzt völlig mit ihm einigen.

Allüren eines Hitler

Aachen. Die „Aachener Nachrichten“ veröffentlichte die Austrittserklärung des Bürgermeisters von Walheim, seines Stellvertreters und dreier Gemeinderäte aus der CDU. Diese begründen ihren Schritt mit dem Mangel an Demokratie und innerer Klarheit in dieser Partei und damit, daß sich „in der CDU Leute in leitende Stellungen zu bringen gewußt hätten, die die Allüren eines Hitler an sich haben.“ Die Zeitung verzichtete auf auf jeden Kommentar. Wir auch.

Berlin soll Hauptstadt bleiben

Berlin. Unter dem Beifall aller vier Parteien erklärte der Berliner Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung, daß Berlin auch weiterhin die Hauptstadt Deutschlands bleiben müsse.

Gen. Goldhammer an die Universität Berlin berufen

München. Der bisherige bayrische Landes-Sekretär der KPD, Bruno Goldhammer, wurde von der Zentralverwaltung für Volksbildung in der russischen Besatzungszone in Deutschland nach Berlin berufen. Gen. Goldhammer wird einen Lehrauftrag für Bibliothekswesen an der Berliner Universität übernehmen.

Weltgewerkschaftsbund in Baden

Die Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes werden auf ihrer Deutschlandreise auch Baden besuchen. Im Januar sollen die Besichtigungen großer Industriewerke in Konstanz beginnen, und über Singen, Rheinfelden, Wiesental, Freiburg bis Guggenau führen. Die Arbeiterschaft wird dabei Gelegenheit haben, die schwere Lage der Werktätigen den internationalen Gewerkschaftsvertretern vorzutragen.

Erwin Eckert

Verfassung für Südbaden?

Verfassungen sind keine zukunftsgestaltenden Programme, sondern Zusammenfassungen der für eine bestimmte Zeitperiode wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten für ein Gebiet zu einem alle Staatsbürger verpflichtenden Grundgesetz, zu einer für die Gegenwart gültigen Ordnung. Ihr Inhalt ist der Niederschlag der jeweiligen, in Uebergangszeiten schnell wechselnden Machtverhältnisse und Klassenschichtungen, die durch die Tätigkeit der politischen Organisationen in Erscheinung treten. Eine neue Verfassung hat nur dann Aussicht auf Bestand und Wirkung, wenn sie der Ausdruck einer bereits vollzogenen Strukturveränderung der Gesellschaft ist. Sie kann für eine gewisse Zeitspanne Bedeutung und Gewicht haben, wenn die fortschrittlichen, vorwärts drängenden politischen Gruppen stark genug sind, entscheidenden Einfluß auf ihren Inhalt auszuüben und die Durchführung ihrer Bestimmungen zu garantieren.

Wer aber möchte so kühn sein, zu behaupten, daß wir heute in Deutschland auch nur die Umrisse einer sich durchsetzenden einheitlichen Neuordnung festzustellen vermögen? Wer könnte mit gutem Gewissen behaupten, daß die wirtschaftliche Macht der Totengräber der Weimarer Demokratie und der Einfluß des kapitalistischen Generalstabes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft endgültig ausgeschaltet sind?

Die Kommunistische Partei hat deshalb schon bei den ersten Gemeinde- und Kreisratswahlen, die in der amerikanischen Zone stattfanden, ihre grundsätzlichen Bedenken gegen eine zu früh einsetzende Formgebung des politischen Lebens in den einzelnen Ländern und Provinzen zum Ausdruck gebracht. Man kann so kurze Zeit nach den 12 Jahren totaler politischer Entmündigung, nationalsozialistischer Propaganda und Phrasologie von unserem Volke noch keine selbständige, aus einer zulänglichen Analyse der neuen Situationen Deutschlands erwachsene politische Meinungs- und Willensbildung erwarten. Die Zeit seit dem Zusammenbruch bis zu den Wahlen war viel zu kurz, um den Schutt zerschlagener Vorstellungen und Meinungen aus den Hirnen wegzuräumen, ihre Auffassungen und Zielsetzungen, durch sachliche Argumente erhärtet, den Wahlberechtigten nahezubringen, ganz abgesehen von den großen Schwierigkeiten, die vor allem die durch den Hitlerterror völlig vernichteten Arbeiterparteien bei ihrer Neugründung überwinden mußten.

Die sich infolge des brutalen Versuchs, die zum Untergang bestimmte bürokratisch kapitalistische Ordnung mit den Mitteln des Terrors und des Krieges zu retten, beschleunigt vollziehende soziale Umschichtung unseres Volkes, die völlige Veränderung seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse sind trotz aller greifbaren Tatsachen den meisten bis auf den heutigen Tag noch nicht bewußt geworden. Breite Schichten unseres Volkes geben sich der Illusion hin, es sei ohne eine entscheidende Umgestaltung der ökonomischen und staatlichen Ordnung, ohne eine grundlegend neue geistige Haltung ein Aufbau Deutschlands, die Sicherung der Existenz unseres Volkes möglich.

Es wird noch einige Zeit vergehen, bis die Not und die Ausweglosigkeit unserer Lage die über-

Ein Mann auf Amtswegen



II.
Am ersten Schalter schon, o Schreck.
Weist man ihn barsch zum nächsten weg ...

Die unheilige Allianz

Nach der Niederwerfung Napoleons bildeten unter dem Einfluß der bigotten Frau von Krüdener der russische Zar, das Oesterreich Metternich und das Preußen der Friedrich-Wilhelmschen Reaktion die sogenannte „Heilige Allianz“ zur Niederwerfung aller fortschrittlichen Bewegungen in Europa.

Nach der Niederwerfung Adolf Hitlers beobachtete die Arbeiterschaft mit wachsender Beunruhigung ein Bündnis, das sich ähnlich unheilvoll auszuwirken droht. Noch ist es dem Anschein nach auf die innerdeutsche Politik beschränkt, das Bündnis gewisser Führer der Sozialdemokratie mit den Sützen des Großkapitals und der Großgrundbesitzer. In Bayern machten die beiden Högner und Hundhammer — den Anfang. Nun ist nach dem Besuch ihres Führers Dr. Knothe in England die heilige Allianz Sozialdemokratie gefolgt. Man bedenke: die Arbeiterparteien verfügen über eine stabile Mehrheit im neuen Landtag. Dessen ungeachtet bildet die SPD eine Regierung Stock mit der CDU unter Ausschluß der Kommunisten. Es ist dies ein weiterer Schritt aus der Solidarität der Arbeiterklasse heraus, nachdem der Kompromiß über Art. 41 vorangegangen war, in dem die SPD die größte Industrie des Landes, die chemische, in den Händen ihrer kriegsverdienenden Kapitalisten beließ. Es ist die Krönung einer Politik der Kommunifreundlichkeit, die überall dort von der Sozialdemokratie betrieben wird, wo der Einfluß der englischen Labour-Party hinreicht: der unheiligen Allianz angehöriger Arbeiterparteien mit dem imperialistischen Großkapital zur Niederhaltung der Arbeiterinteressen.

Und womit begründen die Schumacher, Bevin, Knothe, Oprecht, Högner usw. ihre Haltung? Sie sagen, die Kommunisten seien vom Ausland abhängig!

Ein Meserheld Baden-Baden hat eine Affäre. Im März 1946 vertraute man die chirurgische Abteilung des Städtischen Krankenhauses einem gewissen Dr. Kraemer an. Der neue Chefarzt entfaltete eine rege Tätigkeit; er operierte häufig und, wie man sagt, gelegentlich auch mit Erfolg.

Ob die 66 tödlichen Ausgänge, die in den neun Monaten seines Wirkens zu verzeichnen waren, demgegenüber viel oder wenig bedeuten, können wir in unserem Laienverständnis nicht entscheiden. Einem medizinischen Kollegen scheint es immerhin seltsam vorgekommen zu sein: er spielte den Sherlock Holmes und stellte fest, daß es sich bei dem Dr. Kraemer weder um einen Doktor noch um einen Arzt handele, sondern um einen verkrachten Medizinstudenten und späteren Sanitätsfeldwebel, der es nebenher in Königsberg zum Adjutanten einer SA-Standarte gebracht haben soll. Vorbestraft war er auch wiederholt, so wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in Kiel mit dreieinhalb Jahren Gefängnis. Da kaum anzunehmen ist, daß diese Fakten den maßgeblichen Baden-Badener Herren als ausreichender Befähigungsnachweis für den Posten ihres städtischen Chefchirurgen erschienen sein können (wir sind bereit, vieles zu glauben, aber dieses denn doch nicht!), so bleibt nur zu schließen erlaubt, daß man die Stellung besetzt hat, ohne die Qualitäten des Bewerbers zu prüfen. Einige Verantwortliche sind bereits zurückgetreten, sie haben, wie man zu sagen pflegt, die Konsequenzen gezogen. Aber das dürfte ein Irrtum sein: es werden ganz andere Konsequenzen für die Herren eintreten müssen. Die Anklagebank, auf der der falsche Chirurg Platz nehmen wird, diese Anklagebank werden auch die für seine Anstellung Verantwortlichen drücken müssen. Und wenn jener sich wegen der Tötung von Menschen zu verantworten haben wird, so werden diese wegen Begünstigung oder Beihilfe abzuurteilen sein. Und das mit Recht; denn ehe man einem Menschen ein Mordinstrument in die Hand drückt, überzeuge man sich gefälligst, mit wem man es zu tun hat.

Haus der Barmherzigkeit Im fünften Kapitel des Johannesevangeliums spricht der Evangelist vom Teich Bethesda zu deutsch „Haus der Barmherzigkeit“.

Kranke suchten in seinen Wassern Heilung von den Gebrechen des Leibes und der Seele. Nach dem biblischen Vorbild nennen sich auch in Deutschland Häuser der christlichen Barmherzigkeit. So befindet sich in Frankfurt a. M. ein Erziehungsheim „Bethesda“ für sittlich gefährdete junge Mädchen, dessen Aufgabe es sein sollte, diese jungen Menschen wieder als vollwertige Glieder in die soziale Gemeinschaft zurückzuführen. An die Leiter und Erzieher solcher Heime müssen höchste ethische und pädagogische Anforderungen gestellt werden, und die Lehren des großen Kinderfreundes Jesus von Nazareth sollten ihnen oberster Leitgedanke sein.

Wir haben uns aber getäuscht und die vielgerühmte christliche Nächstenliebe hat in dem Frankfurter Heim restlos versagt. Das „Haus der Barmherzigkeit“ mußte durch Verfügung des Oberbürgermeisters von Frankfurt sofort geschlossen und die Insassen in andere Heime überführt werden, weil die bedauernswerten Kinder von ihren christlichen Betreuern in unanschaulicher Weise mißhandelt worden sind.

Die KZ-Methoden sterben scheinbar in der Demokratie auch unter dem Zeichen des Kreuzes nicht aus.

DER NEUE TAG
Volkszeitung für Baden und Württemberg
Chefredakteur: Dr. Karl Bittel

Redaktion: (76) Offenburg, Kornstr. 1, Tel. 1374, Telegramm-Adresse: Neutag, Offenburg. — Verlag: Süd-West-Verlag, e. G. m. b. H., (76) Offenburg, Hauptstr. 119, Postfach 161, Fernruf 2227. — Erscheint Mittwoch und Samstag. — Bezugspreis monatlich 1,40 Mk. einsch. Trägerlohn, bei Postberzug zuzügl. Bestellgeld. — Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg

große Mehrheit unseres Volkes bereit gemacht haben wird, mit uns eine wirkliche Demokratie und deren Sicherung durch die Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel zu erkämpfen. Zunächst müssen die auf die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Machtstellung bedachten reaktionären Kreise, die heute demokratisch frisierten Drahtzieher des Dritten Reiches, isoliert und dadurch unschädlich gemacht werden. Sie versuchen auch heute schon wieder mit allen Mitteln dem kapitalistischen Profitsystem und der rein äußerlichen Demokratie des Bürgertums mit Hilfe der ängstlich um ihre persönliche Freiheit, um die Erhaltung ihres vermeintlichen bedrohten Privateigentums oder um ihre Sonderstellung als Berufsbeamten bangenden Zwischenschichten neuen Auftrieb zu geben.

Die Massen der Wahlberechtigten müssen politisch denken lernen und wissen, daß die Stimmabgabe bei der Wahl keine geheiligte Handlung zum Schutz der angeblich vom „Marxismus“ mit Vernichtung bedrohten christlichen Weltanschauung ist, sondern eine politische Willenskundgebung unseres Volkes zur sinnvollen Umgestaltung der staatlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen unseres Lebens. Zu allererst aber müssen die dringenden Probleme der Ernährung, der Bekleidung, des Wohnungsbaus, der Rohstoffbeschaffung, der wirtschaftlichen Reorganisation, der politischen Säuberung gelöst werden, die die unbedingte Demokratisierung von Staat und Wirtschaft erforderlich macht.

Wir wissen außerdem, daß die Bestimmungen des Völkerrechts den Besatzmächten nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ohne weiteres die Möglichkeit geben, die uns in einer Verfassung garantierten Rechte jederzeit praktisch aufzuheben.

Die Kommunistische Partei steht darum auf dem Standpunkt, daß Rahmengesetze über den vorläufigen Aufbau der Verwaltung, der Wirtschaft und des Wiederaufbaus in der gegenwärtigen Situation ausreichend wären und daß eine solche Regelung der bestehenden Wirklichkeit

Rechnung trüge. Es wäre unserer Meinung nach besser, mit der Ausarbeitung einer Verfassung zuzuwarten, bis der Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen, die Kriegsgefangenen zurückgeführt und unser Volk das Vertrauen der Alliierten in einem Maße zurückgewonnen hätte, daß es in völliger Freiheit seine Zukunft selbst gestalten könnte.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz haben dem deutschen Volke die wirtschaftliche und damit die nationale Einheit unter bestimmten Voraussetzungen garantiert. Bei den Besprechungen der Außenminister der Großmächte in New York wurde uns die Inangriffnahme der Verwirklichung dieser Einheit in Aussicht gestellt. Bei den Verhandlungen, die im März in Moskau stattfinden, sollen die zukünftigen Grenzen Deutschlands, sein staatlicher Aufbau und die Bedingungen des Friedensvertrages mit Deutschland festgelegt werden. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß Deutschland zu einem nicht fernen Zeitpunkt als einheitlicher Staat mit einer für alle seine Teile gültigen Verfassung konstituiert sein muß. Es ist einleuchtend, daß, wie auch immer der deutsche Staat aussehen wird, zwischen der deutschen Verfassung und den Verfassungen seiner einzelnen Länder keine wesentlichen und grundsätzlichen Unterschiede bestehen können.

Je mehr Verfassungen aber beschlossen werden, die das besondere Gepräge der politischen Verhältnisse und der Auffassungen der augenblicklichen Mehrheiten in den einzelnen Ländern tragen, umso schwieriger wird es sein, eine organische Einordnung der Länderverfassungen in die deutsche Verfassung zu vollziehen, ganz abgesehen davon, daß die Grenzen der neuen deutschen Einzelstaaten erst nach den Moskauer Besprechungen festliegen werden.

Besonders kompliziert liegen die Dinge für Baden und Württemberg. Bekanntlich sind die nördlichen Teile beider Länder in der amerikanischen Zone zu einem Staat Württemberg-Baden zusammengeschlossen, dessen Verfassung bereits durch Volksabstimmung in Kraft getreten ist. Wenn

nun auch noch die beiden südlichen Landesteile in der französischen Zone durch ihre Landesversammlungen jeweils eine spezielle Verfassung ausarbeiten, dann bestünden allein in diesem relativ kleinen Gebiet Deutschlands drei von einander verschiedene Verfassungen. Es wurde deshalb schon angeregt, die Verfassung der nördlichen Landesteile bei uns in Südbaden und Südwürttemberg unverändert zu übernehmen. Aber schon melden sich Widerstände aus Südwürttemberg und es ist durchaus möglich, daß die Landesversammlung Südbadens ebenfalls eine besondere Verfassung ausarbeiten und beschließen wird. Ein — allerdings völlig unzulänglicher — Entwurf liegt bereits vor, über den noch Einiges sehr deutlich gesagt werden müßte, wenn er nicht in der Versenkung verschwindet.

Wäre es nicht auch wegen dieser besonderen Verhältnisse in Baden und Württemberg zweckmäßiger, mit einer Verfassung Südbadens zuzuwarten, bis über Deutschlands Grenzen und seinen Staatsaufbau ein Beschluß der Alliierten vorliegt und ein vom Kontrollrat anerkannter Verfassungsentwurf, in den die Länderverfassungen eingeordnet werden können? Wäre es nicht besser, mit einer Verfassung zu warten, bis Baden und Württemberg zu einem Gliedstaat der deutschen Republik vereinigt sind, was aus den verschiedensten Gründen äußerst wünschenswert wäre?

Die Kommunistische Partei wird sich trotz aller dieser Bedenken und Erwägungen, die um der Klärung der Lage willen auszusprechen notwendig waren, auch in Südbaden an der Ausarbeitung einer Verfassung beteiligen. Sie sieht praktisch keine Möglichkeit, die Inangriffnahme der besonderen Aufgabe, die der Beratenden Landesversammlung gestellt ist, hinauszuschieben. Sie ist bereit, alles daranzusetzen, um gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei und allen fortschrittlichen Abgeordneten eine Verfassung zustande zu bringen, die unserem Land im Rahmen der deutschen Republik eine freiheitliche, demokratische und gerechte Ordnung sichert.

Bargeschäft oder Kunsttrödlerei?

Ein Strauchritter schreibt einen Brief - verjagter Feudalherr will badische Bauernleger beerben

Dringend! ... den 19. X. 46, 15.15 Uhr
Sehr geehrter Herr ...!

Leider treffe ich Sie nicht an, da möchte ich versuchen, auf diese Weise mit Ihnen in Kontakt zu kommen. Herr X., Z-hof bei G. riet mir, einmal bei Ihnen zwecks Vermittlung einer Landwirtschaft vorzusprechen. Sie hätten ihm mit Erfolg dies schöne Gut (folgt Name) vermittelt. Ich suche einen Gutshof in einer Größe von 20 bis 200 bad. Morgen zu kaufen, evtl. auch zu pachten (mit Vorkaufsrecht) im Hegau oder Salemental — oder auch Pfullendorfer oder Sigmaringen Gegend, Bodenseegegend — auch Kreis Ravensburg-Lindau. Wenn ein techn. Nebengewerbe dabei wäre, ist das durchaus kein Unglück! Auch Gasthaus, Obstkellerei, oder Kl. Brenneri — oder Sägegatter. Wenn im Idealfalle im Rahmen bis zu 100 ha der Rest der Fläche Wald ist, würde dies die glücklichste Lösung sein, auch Obstplantagen, einige hundert oder weniger Obstbäume, kurz, was einem das Füllhorn des erwünschten Glückes beschern soll und schwerlich wird! Auf eine Kl. Brauerei verstehe ich mich auch oder ein Kl. Kalkwerk — oder Kiesgruben usw. wenn das im Rahmen eines Anhängsels sich befindet. Ich bin aber auch mit einem bescheidenen alleinigen Bauernhof in der 20 Morgengröße zufrieden gestellt, da man sich den Idealfall ja nicht maßen kann, sondern nur wünschen. Nun möchte man doch annehmen, daß im Zuge der jetzt auch in der franz. Zone anlaufenden Bodenreform etwas zu machen sein müßte! Da ich Fachlandwirt bin, vom Osten (Schles.) den die Polen — in Thüringen durch die Russen enteignet, verdrängt, so glaube ich in den vielleicht geforderten Vorbedingungen zu dieser Siedlung auch zu entsprechen. Wenn beim Grafen Bodmann etwas frei wird oder beim Markgrafen — oder beim Grafen Douglas — oder Hohenzollern — oder Fürstenberg, dann bitte ich für mich wachsam zu sein, Ohne Zwang geben diese Feudalherrschaften z. Zt. nichts ab; auch ist dies Thema in Verbindung mit der Bodenreform — wenn es von mir angeschnitten wurde — als eine Art „Ungezogenheit“ empfunden worden; daher glaube ich, wenn ein gewerbsmäßiger Neutraler sich ihnen empfiehlt, ein ganz „ander Ding ist und wir in unserem Falle dann eher „zu Streiche kommen.“

Würden Sie mich bitte unter Hausen im Tal

Nr. 3 anrufen, wenn Sie etwas Passendes hätten? Ich würde dann sehen, so bald wie möglich die Besichtigung mit Ihnen vorzunehmen. Vielleicht beschaffen Sie sich inzw. eine Gutsbeschreibung (Exposé) (Bilder?) und Preisforderung. Es handelt sich bei mir um ein Bargeschäft, vielleicht gebe ich einen transportablen Kunstgegenstand in Zahlungsausgleich.

Achtungsvoll
Bernhard Prinz v. Sachsen-Meiningen

Nein! Sie haben schon richtig gelesen. Es ist wirklich der arme Ostflüchtling Prinz Bernhard v. Sachsen-Meiningen, der aus dem „Füllhorn des erwünschten Glückes“ der kommenden Bodenreform ein feudales Gütlein mit Gasthaus, Obstkellerei, kleiner Brenneri, Sägegatter, Wald, Obstplantage, Brauerei, Kalkwerk und ähnlichem „Anhängsel“ auf Kosten der „Feudalherrschaften“ Bodmann, Douglas usw. erhofft. Auf die von Deutschen durchgeführte demokratische Bodenreform in der Ostzone ist er natürlich schlecht zu sprechen und behauptet verleumderisch, er sei „in Thüringen durch die Russen enteignet“; aber die

Bodenreform im Westen war ihm gerade gut genug als Schreckgespenst, mit dem er seine Verwandschaft zu erpressen suchte. Weiß diese sich nicht erpressen ließ — Bauernlegen ist nur schön, wenn man es selbst betreibt —, versucht er es jetzt durch Vermittlung eines „Neutralen“, wie es in der Diplomatensprache heißt. Fürwahr ein würdiger Nachfahre der großen Bauernleger, auf dessen Verwandschaft die Bodmann, Markgraf von Baden, Douglas, Hohenzollern und Fürstenberg stolz sein können.

Nebenbei eine Frage: Wie kommt Herr Bernhard Prinz v. Sachsen-Meiningen zu seinem „äußerst wertvollen transportablen Kunstgegenstand“? Wir erinnern uns dunkel, daß erst kürzlich ein Mitglied seiner Familie in eine fidele Schiebengeschichte mit Gemälden verwickelt war. Vielleicht interessiert sich einmal die Polizei für das Schloß Werenwaag bei Hausen im Tal und dessen Bewohner, der unseres Wissens Prinz Bernhard v. Sachsen-Meiningen heißt.

Nein! Sie haben schon richtig gelesen. Es ist wirklich der arme Ostflüchtling Prinz Bernhard v. Sachsen-Meiningen, der aus dem „Füllhorn des erwünschten Glückes“ der kommenden Bodenreform ein feudales Gütlein mit Gasthaus, Obstkellerei, kleiner Brenneri, Sägegatter, Wald, Obstplantage, Brauerei, Kalkwerk und ähnlichem „Anhängsel“ auf Kosten der „Feudalherrschaften“ Bodmann, Douglas usw. erhofft. Auf die von Deutschen durchgeführte demokratische Bodenreform in der Ostzone ist er natürlich schlecht zu sprechen und behauptet verleumderisch, er sei „in Thüringen durch die Russen enteignet“; aber die

Das vergewaltigte Recht

Anklage gegen 16 führende Nazi-Juristen

Nürnberg. Der Hauptankläger der Vereinigten Staaten für die Kriegsverbrecher-Prozesse, General Telford Taylor, überreichte dem Generalsekretariat des Nürnberger Militärgerichtshofes die Anklageschrift gegen 16 ehemalige Staatssekretäre im Justizministerium und Nazijuristen.

Angeklagt sind: Josef Altstötter, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung VI des Reichsjustizministeriums, Paul Barnickel, Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, Wilhelm von Ammon, Ministerialrat der Abteilung IV im Reichsjustizministerium und Sachbearbeiter von Verfahren gegen Ausländer, Hermann Cuhorst, Senatspräsident beim Sondergericht in Stuttgart und Präsident des ersten Strafsenats beim Landgericht in Stuttgart, Karl Engert, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilungen V und XV des Reichsjustizministeriums und Vizepräsident des Volksgerichtshofes, Günther Joel, Referent des Reichsjustizministers in Straf-

verfolgungsfragen und Generalstaatsanwalt von Westfalen-Hamm, Herbert Klemm, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II im Reichsjustizministerium, Ernst Lautz, Oberreichsanwalt des Volksgerichtshofes, Wolfgang Mettgenberg, Ministerialdirektor der Abteilung IV des Reichsjustizministeriums, Günther Nebelung, Präsident des 4. Senats des Volksgerichtshofes und Ortsgruppenleiter im Führerkorps der NSDAP, Rudolph Oschey, Landgerichtsrat beim Sondergericht in Nürnberg und Nachfolger des Angeklagten Rothaug, als Landesgerichtsdirektor beim gleichen Gerichtshof, Mitglied des Führerkorps der NSDAP auf der Gauleiterstufe (Gauhauptstellenleiter) und kommissarischer Leiter des NS-Rechtswahrerbundes, Hans Petersen, Lanenrichter des ersten Senats des Volksgerichtshofes und Obergeruppenführer in der SA Oswald Rothaug, Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, ehemaliger Präsident des Sondergerichts in Nürnberg, Mitglied des Führerkorps der NSDAP auf der Gauleiterstufe, Curt Rothenberg, Staatssekretär im Reichsjustizministerium, stellvertretender Präsident der Akademie für deutsches Recht, Gauführer im NS-Rechtswahrerbund, Franz Schlegelberger, Staatssekretär, stellvertretender Reichsjustizminister, Karl Westphal, Ministerialrat der Abteilung IV des Reichsjustizministeriums und offiziell verantwortlich für Fragen des Strafverfahrens und des Strafvollzugs innerhalb des Reiches, sowie Ministerialbearbeiter für Nichtigkeitsbeschwerden gegen gefällte Urteile.

Den Angeklagten wird gemäß der Anklageschrift vorgeworfen, zur Unterstützung der Machtpolitik Hitlers das deutsche Rechtswesen vergewaltigt und als Anstifter oder Mithelfer Morde, Plünderungen und Folterungen an deutschen und ausländischen Staatsangehörigen verübt zu haben.

Für eine staatliche Gehörlosenschule

Ueber die unhaltbaren Zustände der Gehörlosenschule im südbadischen Gebiet erhalten wir weiter Zuschriften, die alle in der Empörung darüber übereinstimmen, daß hier eine Untat der Nazis gerechtfertigt und aufs Neue verübt werden soll. Herr Regierungsrat Krauthemer, der Verantwortliche im Unterrichtsministerium in Freiburg aber schweigt. Doch er habe! Auf seine Veranstaltung hat das Wohlfahrtsamt Offenburg neuerlich an die Mutter eines in Hofweier wohnenden gehörlosen Schulanfängers die Anweisung gegeben, diesen nach Herten zu verbringen, obwohl es sich nach dem fachärztlichen Gutachten der Ohrenklinik Freiburg um einfache Taubheit handelte. Die das Abhol-Auto begleitende Schwester sagte der nicht gefügigen Mutter, die katholischen Gehörlosen kämen nach Herten, die evangelischen nach Kork!

Was ist diese St. Josephs-Anstalt in Herten? Eine „Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalt für Geistesschwache und Epileptische katholischer Konfession“, für „hörende, taub- und hörstumme, sprachgebrechliche, blinde und körperlich verkrüppelte Kinder“. Es handelt sich also um Geistesschwache. Infolgedessen ist auch die angegliederte Schule eine sog. Hilfsschule, d. h. ihre Schüler sind mehr oder weniger geistesgeschwacht und können dem normalen Unterricht (der Volksschule) aus diesem Grunde nicht fol-

gen. Das gleiche gilt in den allermeisten Fällen auch für die dort befindlichen Gehörlosen. Seit Jahrzehnten werden die nicht bildungsfähigen oder sehr schwach begabten Gehörlosen aus den staatlichen Anstalten alljährlich ausgeschieden, um solchen Schwachsinnigenanstalten zugewiesen zu werden.

Es soll kein Mißtrauen gegen die nützliche Arbeit der Schwachsinnigenanstalten verbreitet werden, ihre verdienstvolle Tätigkeit sei uneingeschränkt anerkannt. Aber entschieden verurteilt werden muß die Erziehung normal begabter Gehörloser in einer Schwachsinnigenanstalt.

Wir sind außerdem gegen eine konfessionelle Aufteilung der gehörlosen Schüler, und zwar aus praktischen und pädagogischen Gründen. Wir fordern daher nochmals die unverzügliche Aufnahme des Unterrichts geistig gesunder Gehörloser in einer simultanen staatlichen Anstalt!

B.G.

Wir haben im NEUEN TAG mehrfach die Forderung erhoben, daß die durch die Nazis vor drei Jahren stillgelegte Staatliche Gehörlosenschule in Gengenbach wieder in Betrieb kommen soll und sind überzeugt, daß bei gutem Willen der Behörden das sofort möglich ist.

Betriebsräte in der sowjetischen Zone

Das Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft wird durchgesetzt - FDGB stützt die Arbeit

Zum Abschluß des Jahres 1946 kann man mit ruhigem Gewissen einen Aufschwung der Betriebsrätearbeit in der sowjetisch besetzten Zone während dieses Jahres feststellen. Schon Anfang 1946 kam es in vielen Betrieben, in denen es bis dahin keine Betriebsräte gegeben hatte, zur Wahl von Betriebsvertretungen. Noch eindeutiger als bisher erstreckte sich die Tätigkeit der Betriebsräte auf alle Zweige des betrieblichen Lebens. Ein stärkerer Aufschwung trat dann nach dem Erscheinen des vom Alliierten Kontrollrat erlassenen Betriebsrätegesetzes ab April 1946 ein. In Gewerkschafts- und Betriebsrätekreisen kam es sofort zu lebhaften Diskussionen über dieses Gesetz. Es gab auch Stimmen, die den Sinn des Gesetzes und den Wert verkannten und nicht begriffen, daß das Gesetz keine ergänzenden „Ausführungsbestimmungen“ nötig macht, sondern daß es durch die Aktivität und Initiative der Gewerkschaften und Betriebsräte mit Leben zu erfüllen ist. Der Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB, auf der Grundlage des neuen Gesetzes im Juli die Betriebsrätewahlen durchzuführen, setzte dann auch an die Stelle solcher Diskussionen das zweckmäßige Handeln. Die Wahlen brachten der Betriebsrätearbeit einen starken Erfolg: In 44 000 Betrieben der sowjetischen Zone (außer Berlin) wurden 118 000 Betriebsräte, darunter 23 000 Frauen und über 8000 Jugend-Betriebsräte, gewählt. Das bedeutet die Wahl von vielen Betriebsräten auch in solchen Betrieben, in denen es bis dahin noch nicht zur Bildung von Betriebsräten gekommen war.

Dieser Aufschwung kam auch in den folgenden Betriebsrätevollversammlungen zum Ausdruck: Zu Tausenden traten die Betriebsräte in den größeren, zu Hunderten selbst in den mittleren und kleineren Städten zusammen, um über ihre Aufgaben zu beraten. Gleichzeitig erwies sich die Notwendigkeit, neue Schulungsmethoden anzuwenden, die die Schulung nicht nur von wenigen Hunderten, sondern von Tausenden von Betriebsräten ermöglichen und die Belegschaftsvertreter unmittelbar bei der praktischen Arbeit anleiten. Im Land Sachsen wurde die brauchbarste Methode einer gleichzeitig breiten und tiefen Betriebsräteschulung zuerst gefunden und beginnt sich von dort aus auf die übrigen Länder der sowjetischen Besatzungszone auszubreiten. Schon die Betriebsräteversammlungen hatten zu einer starken Demokratisierung des betrieblichen Lebens geführt.

Da dabei den Betriebsräten ihre Aufgaben von den Belegschaften selbst gestellt wurden.

Als erste entscheidende Aufgabe stand dann vor den neugewählten Betriebsräten die arbeitsrechtliche Verankerung des Mitbestimmungsrechtes durch den Abschluß betrieblicher Vereinbarungen auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes.

Auch von dieser Seite her wurde dem Betriebsrätegesetz Leben eingehaucht. Der Abschluß betrieblicher Vereinbarungen ging allerdings nicht reibungslos vor sich. Da das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Form für die bisherigen Begriffe des deutschen Arbeitsrechts neu ist, indem es an Stelle zahlloser Paragraphen die Initiative der Betriebsräte setzt, mußten sich diese mit diesen neuen Begriffen erst auseinandersetzen. Aber auch das geschieht, und heute gibt es bereits viele abgeschlossene Vereinbarungen über das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in der sowjetischen Besatzungszone, wobei diese Zahl allerdings noch längst nicht genügt, denn sie müssen selbstverständlich in allen 44 000 Betrieben, in denen Betriebsräte fungieren, abgeschlossen werden.

Der Abschluß der Betriebsvereinbarungen geht nicht völlig ohne Konflikte vor sich. In manchen Betrieben weigerten sich die Unternehmer, den Abschluß zu tätigen.

Es scheint manchen Unternehmern unfaßbar zu sein, der Belegschaft das Recht der Mitbestimmung in Bezug auf Produktion, Preisbildung und Arbeitsbedingungen einzuräumen. Sie müssen jedoch begreifen, daß die alte Zeit des „Betriebsführer-Prinzips“ und der zum Schwelgen verurteilten „Gefolgschaft“ vorbei ist. Die neue Demokratie erfordert die Mitarbeit und Mitverantwortung der Arbeiter und Angestellten.

Noch ein weiterer Artikel des neuen Betriebs-

rätegesetzes wurde bereits in diesem Jahre in die Tat umgesetzt: Es ist jener, der die Abgabe von Vierteljahresberichten der Betriebsräte vor den Belegschaften fordert. Das ist in der sowjetischen Zone zum ersten Male im November geschehen. Auch dabei gab es noch Schwächen, aber der Anfang ist gemacht und die Behandlung der nächsten Vierteljahresberichte im Februar dieses Jahres wird zweifellos schon umsichtiger und lebhafter vor sich gehen.

So sehen wir, wie in der sowjetischen Besatzungszone das vom Alliierten Kontrollrat erlassene Betriebsrätegesetz lebendig wird, wie es in den Händen der Gewerkschaften, Betriebsräte und Belegschaften ein Instrument des Mitbestimmungsrechtes zu werden beginnt. Diese wichtige Linie der Arbeit gefunden zu haben, ist das positive Ergebnis der Betriebsrätearbeit des FDGB im Jahre 1946.

Nicht überall in der sowjetischen Zone ist der Stand der Betriebsrätearbeit gleich. Dort, wo es in den FDGB-Vorständen und denen der Industriegewerkschaften wirklich arbeitende Betriebsräte-Abteilungen und wo es in den Orten arbeitende Betriebsräte-Ausschüsse aus Betriebsräten der wichtigsten Betriebe gibt, die die Arbeit der Betriebsräte ständig beraten und anleiten, ist der Stand der Arbeit ein bedeutend besserer als dort, wo solche Abteilungen und Ausschüsse nicht vorhanden sind und es daher an konkreter Anleitung dieser Arbeit mangelt. Die Bildung solcher Betriebsräteabteilungen und Betriebsräte-Ausschüsse in allen FDGB- und Industriegewerkschafts-Vorständen und in allen Orten ist daher eine der dringenden Aufgaben, die vor dem FDGB und den Industriegewerkschaften stehen.

Fallersleben — unterstützten die Streikenden durch Hingabe eines Stundenlohnes. Der Kampf der Bodebelegschaft hat jetzt mit der Unterzeichnung der Betriebsvereinbarung durch den Unternehmer zu einem vollen Sieg der Arbeiterschaft geführt, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

Auch die südbadischen Arbeiter werden in nächster Zeit Betriebsvereinbarungen mit ihren Arbeitgebern abschließen müssen, wenn die Betriebsrätewahlen überall durchgeführt sind. Kommt es dann auch hier zu Arbeitskämpfen, dann wollen wir uns der Bode-Arbeiter erinnern, deren Erfolg uns gezeigt hat, daß die Werktätigen ihre demokratischen Wirtschaftsziele immer erreichen können, wenn sie solidarisch in den Kampf treten.

Ein voller Sieg im Arbeiterkampf

Wirtschafts-Spiegel

Berlin. In der sowjetischen Besatzungszone ist eine feste Preispolitik festgelegt worden. Im allgemeinen bilden die Preise nach dem Stande von 1944 die geschäftliche Grundlage aller wirtschaftlichen Abmachungen. — Bei der deutschen Zentralfinanzverwaltung wird eine Kontrollstelle eingerichtet.

Erfurt. In der thüringischen Lederindustrie konnte die Auflage in der Erzeugung von Lederschuhen wesentlich überschritten werden. Es war möglich, dem Zivilkloster im IV. Quartal 1946 463 000 Paar Schuhe zur Verfügung zu stellen.

Zwickau. Die Belegschaften der Zwickauer Betriebe führten einen Streik an, der die Ueberbrückung aller Boden-schritte und der Bergbauindustrie in das Eigentum des Landes forderte, hat bei den Belegschaften der Betriebe ein starkes Echo ausgelöst. In Entscheidungen beauftragten die Belegschaften das Programm, dessen Annahme eine weitere Steigerung der Produktion für friedliche Zwecke herbeiführen würde. Der Streik wird z. Z. im Wirtschaftsausschuss des Landtages beraten.

London. Zwischen der „Anglo-Iranian Oil Company“ und der „Standard Oil Company“ ist über den Verkauf von persischem Rohöl ein wichtiges Abkommen abgeschlossen worden. Hiernach soll die englisch-iranische Gesellschaft, deren Hauptaktionär die britische Regierung ist, während 25 Jahren Rohöl an zwei amerikanischen Gesellschaften verkaufen.

Paris. Die Weltkammer 1946/47 wird auf 26,5 Millionen Tonnen, also 4,5 Millionen Tonnen mehr als 1945/46, geschätzt. Damit bleibt der Weltmarkt immer noch um 4,5 Millionen Tonnen unter der Friedensrate von 1939, während die Nachfrage stärker als vor dem Krieg ist.

München. Nach Mitteilung des bayerischen Landeswirtschaftsamtes ist zu Anfang des Jahres mit dem völligen Ausfall der Seifenproduktion zu rechnen, weil die Fett-einfuhr für die chemische Industrie auf ein Minimum gesunken ist. Im Zusammenhang mit diesem Einfuhrmangel ist mit Störungen in der Seifen-, Textil-, Leder- und Schäd-lingbekämpfungindustrie zu rechnen.

Berlin. Seit dem 16. Dezember wieder sind die Belegschaft der Berliner Metallfirma Rudolf Wiedersberg im Streik, weil der Firmeninhaber die Annahme einer Betriebsvereinbarung abgelehnt hat.

Bravo, Kumpels!

Betriebsrat arbeitet trotz nazifreundlicher Werksleitung

Der Betriebsrat der Mannesmann-Röhrenwerke Remscheid hatte bei der Werksleitung den Antrag gestellt, daß ohne Gegenzeichnung der Passierscheine durch den Betriebsrat nichts aus dem Werk entnommen werden dürfe. Dies lehnte die Werksleitung ab.

Said, der Träumer, die Erzählung von Hermynia zur Mühlen, wird in der nächsten Nummer des NEUEN TAG fortgesetzt.

Werksleitung ab. Der Betriebsrat stellte seither fest, daß der Nationalsozialist Issermann sich vom Werk Kohlen abholte, obwohl er nicht mehr zum Betrieb gehörte. Ferner wurde festgestellt, daß ein zwar entnazifizierter, aber von der Belegschaft einstimmig abgelehnter Betriebsangehöriger sich eine Autoladung Koks abholte.

Der Betriebsrat beschloß auf Grund dieser Vorkommnisse in seiner letzten Sitzung, von sich aus einen Kollegen zu beauftragen, alles, was aus dem Werk herausgeht, zu kontrollieren.

8. Januar 1947 / DER NEUE TAG / Nr. 2 Seite 3

Mietgesuche

Kinderloses Ehepaar (beide berufstätig), sucht möbl. Zimmer mit Küchenbenützung (evtl. auch leeres Zimmer) in Offenburg. Angeb. erbeten unter 32-319 an DNT, Offenburg.

Große 4-Zimmerwohnung in Radolfzell gegen kleinere 4-Z.-Wohnung (evtl. amerik. Zone) zu tauschen. Zuschriften unter Nr. 32-307 an DNT, Offenburg. Postfach 361.

40j. anhanglose Dame (aus der Branche) wünscht kl. Kaffee od. Pension zu pachten. Kautions wird gestellt. Angeb. an Fr. Rita Brüll (2) Lehde 1 b. Lüb-benau i. Spreew., Gasthaus zum „Fröhl. Hecht“. (Wu-1)

Landwirtschaft, ca. 10 Tagwerk, zu pachten oder bewirtschaften gesucht. Zuschr. unter Nr. 306 an Annoncen-Expedition „Allgäu“, Lindenberg im Allgäu. Schließfach 59. (AG-1)

Verkäufe

Dampfmaschine 15-18 PS, Langsamläufer, Erbauer Schaarer u. Groß, Nürnberg, ist abzugeben oder zu tauschen. Zuschriften unter Nr. 32-320 an DNT, Offenburg. Postfach 361.

Heiraten

Blondine, 21 Jahre, hübsche Dame, gebildet (mittl. Reife und Pensionat), als Sekretärin tätig, sehr vermög., Geschäftstochter, wünscht Heirat. Briefe unter 2094 an Institut Unbeham, Karlsruhe, Sofiensr. 120. (U-1)

Warum allein sein? Tausende suchen wie Sie. Die Verbindungen zerschneiden, die Familien auseinanderreißen... wie nun den Ehepartner finden? Vertrauen Sie meiner Hilfe Unverbindliche Beratung durch Inst. für Ehemittlung W. Breisch, (17a) Bödighelm, Kr. Buchen/Baden.

Einsame Menschen finden Gedankenstütze und den Weg zu Freundschaft und glücklicher Zweisamkeit durch den Briefbund „Der Steg“ (14a) Eislins-ger-Fils. Näheres gegen Rückporto! (Diskreter Postversand). (G-1)

Suche für meine Schwester, 35 J., mit 2 Kindern, 6 u. 13 J., passenden Ehepartner. Nur ernstgemeinte Zuschriften u. Nr. 32-322 an DNT, Offenburg, Postfach 361.

Angestellter, Anf. 30, schuldl. gesch., wünscht Briefwechsel mit Kriegervitwe od. Witwe I. Alter von 22-28 J. zwecks späterer Heirat. Kreis Lörrach bevorzugt. Möbel- u. Wäschesteuer erw. Bildzuschriften unter Nr. 32-318 an DNT, Offenburg, Postf. 361.

Glückliche Ehen ermöglichen meine langjährige, leistungsfähige Vermittlung für alle Kreise bei reichen Vorkenntnissen. Auch Ein-heiraten aller Art. Auskunft kostenlos, diskret. Frau Hilde v. Redwitz, Karlsruhe, Beierth. Allee 14a-119.

Geschäftsanzeigen

Rolladen

Aufträge f. Reparatur und Neu-anfertigung können wieder angenommen werden

Alfred Zimmermann, Rolladen-fabrik, Freiburg Br., Dreikönig-straße 43. (Z-1)

Wer liefert laufend Werke oder Räderple für Groß-Uhrwerke? Kompensation durch Vertrieb des Fertigerzeugnisses möglich. Zuschriften unter Nr. AE 500 an „Süddeutsche Anzeigen-Expedi-tion“ Aalen/Württ., Friedrich-straße 4. (Br-1)

Feilen aller Art, bis zur kleinsten Nadelfeile, Zahnarztfeilen, Holzraspeln, Schuhmacherraspeln, werden durch mein eigen-es Verfahren frisch aufgeschärft. Senden Sie sofort Ihre alten Feilen an mich ein. Lie-ferzeit nach Eingang 14 Tage. Albert Rega, technische Werk-stätte, Griessen/Baden (17b).

Kühe und Ziegen geben mehr Milch durch Befütterung des seit Jahren bewährten DOLKO-Milchpulvers. Zu haben in Dro-gerien, Futtermittel-Handlungen usw. Otto Koch, chem. und pharm. Fabrik, Mörlenbach/Odw.

HEUTE NOCH NICHT! Manches Gute, das jetzt noch ent-behrt werden muß, wird eines Tages wieder kommen! Das gilt auch für *Rheila* das kon-zentrierte Hustenmittel. (23c-24-A)

Wir schärfen und erneuern Ihre alten und verbrauchten Werk-zeuge, wie Feilen, Raspeln, Feil-scheiben, Fräser usw. Lieferzeit 14 Tag bis 3 Wochen. Alt & Co. A.G., Werkzeugerneuerung, Speyer/Rheln, Johannisstr. 22.

Neu-Deutschland-Album f. Stadt-posten und Länderausgaben 1945/46, zum Teil mit Marken versehen, abzugeben. Anfragen erbeten unter AV 01048 an: Anzeigen-Dienst Steudel, Stutt-gart-S, Hauptstätterstr. 58 A. (St-1)

Briefmarkensammler! Deutschland-Preiskatalog 1933 bis 1946 sämtl. Werte (besetzte Gebiete, Zonen und Provisorien) gegen Voreinsendung von 3 Mk. u. Freiumschlag oder Nachnahme liefert Cyclos-Verlag (20b) Göt-tingen, Postschließfach 24. (Z-1)

Verschiedenes

1 Allstrom Zwerk-Souper Röhrenbestückung 2 x U C H 21, U B L 21-U, Y, 21. Betriebsklar. Suche: Herrenkleidung, Gr. 50-52. Angebot an Blum-ben (Baden), Neunkircherstr. 8. (10-106)

Torfmulle, feucht, Braunrot, in jeder Menge sof. frei lieferbar. Friedrich Eckert, Düsseldorf, Karlsplatz 1. Ruf: 25 412. (E-1)

Zu tauschen, kaufen oder leihen gesucht: Le feu (Das Feuer) von H. Barbuisse, Das Wesen des Christentums v. Feuerbach. Geboten werden interessante Werke der Weltliteratur. Zuschriften erbeten unter Nr. 32-300 an DNT Offenburg. Postf. 361.

Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften Verzeichnis versendet: K. Allihn, Düsseldorf-Elber. (609)

Briefmarkenalbum Deutschland 1945-1946 mit 10 kompletten Sätzen nur Mk. 40 portofrei! Vor-auskasse! Westzonen: Post-scheckkonto Saarbrücken 13 620 - Russische Zone: Postscheckkonto Berlin 39 266. Alfred Brückner, Fachgeschäft seit über 20 Jahren. Berlin - Neukölln, Lichten-raderstraße 56. (Be-1)

Fachzeitschriften „Kleintierzüchter Tierbörse“ (für am. Zone), „Holztechnik“, „Betriebsberater“, „Technik“, Steuerberater“ und weitere durch Zeitschriftenver-trieb Koch, (13a) Amberg (Oberpf.), Postschließfach 157.

Elektrifirmen. Auch in der harten Zeit sichern Ihnen meine Ver-treterstellen einen sicheren Umsatz in elektr. Apparaten u. Geräten. Denken Sie deshalb auch heute schon an die Ver-triebsfirma, Abtlg. Elektro. Ange-bote u. 108 an Andi-Anzeigen-dienst, Konstanz, Bodanplatz 2. (26-106)

Fotofreunde übermitteln uns ständig ihre Wünsche FOTO-Kauf- u. Tausch-Nachweis Nordwest, (23) Norden. (WV-1)

Verreibungen

Kautionsfähige Herren für Allein-vertretung gesucht. Angebote unter Nr. 10 588 an Westf. Anz.-Vermittlg. Bielefeld, Postfach Nr. 123. (WV-2)

Kaufgesuche

Brennrecht mit oder auch ohne Brenngeschirr wird zu kaufen gesucht. Es können neue Faß und Stühle in Zahlung gegeben werden. Angebote unter 32-321 an DNT, Offbg., Postfach 361.

Personenwagen, fahrbereit, von Verlag gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 32-217 an DNT, Offenburg. Postfach 361.

Westd. Polstergestellfabrik sucht größ. Posten unsortierter Lum-pen aller Art gegen bar oder gibt dafür Möbel mit Matratzen, Polstermöbel oder sonstige Ein-richtungsgegenstände in Zahlung. Angeb. unt. WR 40170 an Re-klame-Anzeigen-Gesellsch. (21a) Lemgo b. Bielefeld. Papenstr. 10.

Füchse, Marder, Iltise, Katzen, Kanin usw. kauft zu Höchstpr. Paul Schuchardt, Pelzwaren Baden-Baden, Sofienstr. 16.

Unterricht

Französischer Sprachunterricht erteilt Reifschneider, Freiburg, Kapplerstr. 5. (20-119)

Lizenz 642 EDU Gouv. Mill. v. 24. 10. 45

Stellenangebote

1 Korbmacher gesucht. Guter Lohn u. gute Behandlung zugesichert. Schörpp, Lahr, Waldstr. 8.

Wir suchen laufend Hand- und Maschinenformer, Hilfsarbeiter für die Gießerei, Schlosser und Dreher, bei besten Arbeitsbedingungen. Immendinger Gießerei u. Maschinenfabrik, Jäckle & Co., Immendingen Bd. (32-140)

Stellengesuche

Landwirt, selbständig, 36 Jahre, sucht Stellung als Verwalter auf größerem Betrieb mit Wohnge-legenheit zum Frühjahr 1947. Zuschriften unter Nr. 307 an Annoncen-Expedition „Allgäu“, Lindenberg im Allgäu. Schließ-fach 59. (AG-1)

Wir haben unsere Geschäfts-räume nach Hauptstraße 115 (ehem. Gasthaus z. Wiede) verlegt

Verlag DER NEUE TAG-Offenburg, — Fernruf 2207.

Städtische Bühnen Freiburg

CASINO:

8. Januar, 19.30: „Hoffmanns Erzählungen“ 9. Januar, 19.30 Uhr: „Die Hochzeit des Figaro“ 10. Januar, 20 Uhr: „Der fidele Bauer“

Kammerspiele:

9. Januar, 19.30 Uhr: „Kabale und Liebe“ (St-2)

Friedrichsbau - Lichtspiele

Freiburg

Bis einschließlich Mittwoch, 8. 1. 1947, der überall mit großem Erfolg gezeigte Gesellschaftsfilm

Pique Dame

(Dame de pique) nach der berühmten Novelle von Puschkin, mit deutschen Untertiteln.

Darsteller: Pierre Blanchar, Madeleine Ozeray, Marguerite Morene.

Ab Freitag, 10. 1. 47, zeigen wir vier Darsteller von Rang in einem außergewöhnlichen Film:

Arzt aus Leidenschaft

Albrecht Schönhals, Gerda Maurus, Hans Söhner, Karin Hardt. (Fr-5)

Spielzeiten: Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 14.15, 16.30, Samstag nur 14.15 Uhr Vorverkauf an d. Spieltagen 10-12 und ab 13.30 Uhr an der Tageskasse.

Taube Radio-Röhren

Spielt Ihr Apparat nur noch leise und mit schlechter Wiedergabe, so bringen Sie bitte Ihr Gerät zum Funkberater. Röhren können auch eingekauft werden. Durch meine eigene, neuzeitliche Röhren-Regenerierungsanlage bin ich ab sofort in der Lage, taube Röhren wieder zu verjüngen, dadurch gute Leistung und Wieder-gabe. Radio-Lauber, Ihr Funk-berater, Freiburg i. Br. Kronen-straße 14a. (1141)

Zuschriften werden von uns nicht beantwortet, sondern nur an den Auftraggeber weitergeleitet.

Freiburg, 8. Januar

Bestimmt, das neue Jahr hat nicht schlecht angefangen, das darf man schon sagen. Ich war bis gegen drei Uhr nachts bei Bekannten gewesen und habe ihnen tüchtig geholfen, Sylvester zu feiern. Ich verabschiedete mich unter der Haustüre und bestieg mein Stahlross. Da ich noch vor drei Uhr meine heimlichen Penaten erreichen und mein sylvestermüdes Haupt zur Ruhe legen wollte, schaltete ich gehörig die Kniezündung ein und sauste wie ein gesengter Eber die Straße entlang. Sie schien mir merkwürdig eben zu sein, gar nicht so holprig, wie sonst. Aber o weh, an der nächsten Kurve geschah es! — Ich bog ein und schon lag ich auf der Nase. — Vorsichtig tastete ich mich zurecht und gottlob, alles war heil geblieben, das Rad und meine sämtlichen Knöchelchen und Knochen. Schwein muß der Mensch haben! Nur das Stehen machte Schwierigkeiten, ebenso das Gehen. Ich bitte, das Feixen unterlassen zu wollen! Denn ich bin ein streng reell lebender Mensch, jawohl! Der Alkohol war keineswegs schuld an meinem Mißgeschick, o nein, denn das Quantum, das ich vertilgt hatte, war wenigstens mengenmäßig kaum dazu beschaffen, ernstliche Gleichgewichtsstörungen hervorzurufen, Mitnichten! Aber die Neufahrsgaister hatten das gute, alte Freiburger Pflaster in eine saugfähige Fläche verwandelt, glatter noch, wie das glätteste Tanzparkett der „guten alten Zeit“! Auf der asphaltierten Straße ging es noch an, aber da, wo das altehrwürdige, mittelalterliche Katzkopfpflaster beginnt, wurde das Gehen schon zur akrobatischen Leistung. Ich sah einzelne „Heimkehrer“, die mit weit ausgestreckten Armen auf ebener Erde balancierten, wie die Seiltänzer unterm Zirkusdach. Dabei führten sie Selbstgespräche, deren Inhalt aus lauter Flüchen auf sämtliche Pflaster der Welt bestand. Glattelt ist bestimmt einer der gemeinsten Streiche, die uns der Winter spielen kann. An den darauffolgenden Tagen war es um kein Haar besser. Tagsüber ging es noch an, aber nachts wanderte man mit dem dauernden Gedanken auf der Straße, im nächsten Augenblick Bekanntheit mit dem Boden schließen zu dürfen. Und als ich beim Rottecksplatz an dem bekannten Brunnen mit den beiden raufenden kleinen Nackeldels vorbeiging, hielten sie einen Augenblick inne und lachten äußerst spitzbüsch und hämisch über den drohenden Zeitensossen, der sich so vorsichtig fortbewegte, als gehe er auf lauter Eiern. Radfahren kommt in diesen Tagen nur in Frage, wenn man vor Bestehen des Fahrrads eine Lebens- und Unfallversicherung abschließt. Und wie bereits gesagt, das Neue Jahr hat recht gut angefangen. Man ist regelrecht „hineingeschlittert“! — Peng.

Beamte von gestern

Wenn es dem deutschen Volk nach einer bedingungslosen Kapitulation noch einmal in die Hände gelegt wurde, unter Zugrundelegung einer wahren Demokratie ein neues Deutschland aufzubauen, so müßte eigentlich jeder Deutsche versuchen, sein Bestes daranzusetzen, dieses Ziel zu verwirklichen. Niemand besitzt jedoch das Recht, von Demokratie zu reden, wenn er sich im Alltag nicht selbst als Demokrat bewährt. Die wesentlichsten Fundamente, auf denen eine Demokratie aufgebaut werden kann, sind Anstand, Moral und gute Sitte. Freundlichkeit und Anstand im täglichen Leben sind Gaben, deren Anwendung nichts kostet, aber viel Gutes bewirken kann. Warum sollen sie nicht auch von den Beamten und den Angestellten der Behörden gepflegt werden? Aber das Gegenteil scheint der Fall zu sein, wie folgende zwei Begebenheiten zeigen, die sich unlängst bei der Eisenbahn zutrug: Zu dem in Steinen, um 13.46 Uhr abfahrenden Zug kam ich 4 Minuten vor Abgangszeit an den Bahnhof und fand bereits 12 Personen vor dem geschlossenen Schalter stehen. Ich wunderte mich darüber, daß niemand klopfte, da doch jeden Augenblick der Zug einfahren konnte. Endlich öffnete sich doch noch die Klappe, aber nur 4 Personen wurden abgefertigt. Die übrigen Reisenden überließ man vor dem sich wieder schließenden Schalter ihrem Schicksal. Als der Zug einfuhr, gingen die meisten von ihnen „jenseitig“ durch die Sperre. Wir warteten immer noch, zwei Mann hoch, auf unsere Fahrkarten, da es uns einfach ungläubig erschien, daß man uns so mir nichts dir nichts stehen lassen würde. Verzeiblich! Und so gingen auch wir im letzten Augenblick durch die Sperre, denn schon wurde der Zug abgefertigt. Ich erklärte dem Fahrdienstleiter noch kurz, daß eine solche Behandlung eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen sei. In Lörrach angekommen mußten wir Reisenden infolge dieser Nachlässigkeit des Angestellten Sch. in Steinen, wohnhaft in Hägelberg, den doppelten Fahrpreis nachbezahlen, was im Anbetracht des schon 100prozentigen Aufschlages den vierfachen Normalbetrag ausmacht. Auch der Fahrdienstleiter in Lörrach war alles andere als freundlich. Denn als ich mich beschwerte, daß nun acht Personen infolge der Nachlässigkeit des Herrn Sch. von Steinen glatt das Vierfache zu bezahlen hätten, erklärte mir dieser rundweg, ich solle still sein, sonst würde er mich dabeihehalten. Ich erklärte ihm aber prompt, daß die Zeiten, in welchen man mit den Mitmenschen derart verfahren konnte, endgültig vorbei seien. Eine Stunde später in Weil am Rhein: Ich

sitze mit sieben Reisenden im Abteil des Eilzuges nach Freiburg, als uns plötzlich der Zugschaffner, ein gewisser Herr Schw, aus Haltungen aufforderte, das Abteil schnellstens zu räumen, es sei bereits für acht Mann belegt. Wir wiesen ihn darauf hin, daß weder ein Reservierungsvermerk angebracht, noch das Abteil verschlossen war. Der Schaffner behauptete jedoch fälschlicherweise, wir hätten das Abteil selbst geöffnet. Ich fragte sodann den Schaffner, wer denn eigentlich die mysteriösen acht Männer seien, die in dieses Abteil sollten. Ohne aber auf meine Frage näher einzugehen, antwortete er: Sie sind von der Fahrt ausgeschlossen! Ich erwiderte, daß ich es als eine Beleidigung betrachte, mit derartigen direkt an die Nazis erinnernden Methoden behandelt zu werden. Da griff der Schaffner zum letzten Druckmittel und verlangte den französischen Offizier. Als dieser auch kurz darauf erschien, erklärte ein gewisses Ehepaar H. aus Freiburg den Sachverhalt, worauf sich der Vertreter der Besatzungsmacht entfernte, ohne auf die Beanstandungen des Schaffners näher einzugehen. Vielleicht werden die maßgebenden Stellen sich einmal um diese „Musterbeamten“ kümmern. Denn ... wo kämen wir da schließlich hin? F. Sch. St.

Freiburger Veranstaltungen

Mittwoch, 8. Januar: Städt. Bühnen, Casino: Hoffmanns Erzählungen, 19.30 Uhr. Städt. Bühnen, Casino: Keine Vorstellung. Maria-Hilf-Saal: Weihnachtskindererzählungen, 19.30 Uhr. Donnerstag, 9. Januar: Städt. Bühnen, Casino: Die Hochzeit des Figaro, 19.30 Uhr. Städt. Bühnen, Casino: Kabale und Liebe, 19.30 Uhr. Freitag, 10. Januar: Städt. Bühnen, Casino: Der fidele Bauer, 20 Uhr. Städt. Bühnen, Casino: Keine Vorstellung. Täglich: Casino-Lichtspiele: Nachtasyl, bis einschl. Donnerstag — Die Gattin, ab Freitag. Friedrichsau-Lichtspiele: Pique Dame, bis einschl. Mittwoch. — Art aus Leidenschaft, ab Freitag. Harmonie-Lichtspiele: Der Nachtigallenkönig, bis einschl. Donnerstag. — Ein Jahr später, Immensee, ab Freitag. Union-Lichtspiele: Der Tanz mit dem Kaiser, bis einschl. Donnerstag. — Und die Musik spielt dazu, ab Freitag. Augustinermuseum: Küche Kollwitz, Gedächtnisstellung, Teile der Ausstellung „Meisterwerke mittelalterlicher Kunst“. Haus Staedelmann: Ausstellung Anton Karcher, Bretten i. B. Haus Scherer: Weihnachtsausstellung Freiburger bildender Künstler.

Freiburger Städtische Bühnen (Kammerspiele)

Kabale und Liebe

Gesellschaftliche Verhältnisse haben ihr Beharrungsvermögen. Die ehernen Klammern der Konvention halten die Klassen in der Distanz, die nicht zu überbrücken ist. Es bedarf schon eines Mächtigen, um — die Spanne überwindend — streng Gesondertes miteinander in Berührung zu bringen. Dem Schutz des Klassenvorrechts gilt die Abwehr der Herrschenden, die entsprechend heftig erfolgt. In Schillers Kabale und Liebe ist Leidenschaft die große Kraft, in der zwei junge Herzen entbrennen, so daß sich die Menschen über die festgefügten Schranken einer „sozialen Ordnung“ hinwegzusetzen versuchen. Das Ergebnis ist wildes Unrecht, das weniger die individuellen Veranlassungen als die sozialen Machtverhältnisse bedingen. Das Stück beinhaltet nichts weniger als eine dramatische Episode des Klassenkampfes, den Zusammenstoß zweier unversöhnlichen Stände. Es ist eines der revolutionären Werke der Weltliteratur. Es gibt wohl keinen, dem dies in der Freiburger Aufführung bewußt wird. Anstatt die sozialen Konturen mit Sorgfalt herauszuarbeiten, legt der Spielleiter Franz Everth den Akzent auf die lehrreiche Historie von Luise und Ferdinand. Damit läßt er die Handlung ihre eminent soziale, kritische Bedeutung verlieren. Sie sinkt in die Schäre zufälligen privaten Schicksales hinab. Zu allem leidet die Inszenierung an einer gewissen Nachlässigkeit. Durch Streichung im Text soll Straffheit hineingebracht werden. Der Handlungsablauf erhält jedoch dadurch nur fühlbare Zäsuren. Das erstrebte Tempo bleibt aus. Friedhelm Strengers Bühnenbilder sind der Art der Inszenierung ansonst. Es fehlt der grelle Kontrast, da ist zu wenig von der Pracht der Ausbüter, kaum etwas vom Glanz der Mächtigen auf der einen Seite und zu wenig Armut auf der anderen. Das Diestern auf der anderen Seite wird nicht mit dem Einwand, die Möglichkeiten seien beschränkt. Auch in der Andeutung läßt sich kontrastieren. Wolfgang Stumpfs Sekretär Wurm, als Vertreter seiner Klasse, von Schiller als niedriger Schmutzian gekennzeichnet, ist die Leistung des Abends. Nur eines: es wäre zu wünschen, daß Stumpf in dieser Rolle allem Dämonischen entsagt. Irdisch-reales Streben nach Geltung und erotisch motivierter Drang, Luise zu besitzen, sind die Triebkräfte seines Handelns. Er ist in allem ein Mensch und bleibt es und er ist sogar ein Liebender. In seinem — grandios gespielten letzten Auftritt werden die großen schauspielerischen Möglichkeiten Wolfgang Stumpfs offenbar.

Die schwierigen Passagen Schillerschen Dialoges meistert sie mit bewundernswerten sprachlichen Mitteln.

Otto Birkhahn als Kammerdiener bringt die Anklage gegen den Menschenhandel seines Herrn in verhaltener Art. Er reißt in seiner blendenden Szene das Stück in die Höhe, in der man sich die ganze Aufführung wünscht.

Philipp Orlemann bietet als Vater Miller eine gute Leistung. Freilich hat er mehr ein durch Erkenntnis der Situation Erregter und weniger ein Choliker zu sein. Er soll seine Frau in den Hintern treten, weil er an diesem Tag völlig die Fassung verloren hat. Orlemann tut es, als wäre dies im Hause Miller Gewohnheit, Käthe Gothe als seine Frau ist zu durchtrieben. Sie soll dümmlich sein und einfältig und beschränkt. Karl Veters Hofmarschall von K'n'b hat die affixe Geziertheit eines karrierefähigen Höflings. Er personifiziert die offiziöse Abernheit. Kurt Heinz Welke als Präsident versagt. Er ist nur ein schnarrender Bösewicht ohne jede menschliche Substanz.

Die zwei Gestalten, mit denen Schillers „Kabale und Liebe“ steht und fällt (vor allem dann, wenn man sie als private Tragödie spielt) sind Luise und Ferdinand. Das schönste Exemplar einer Blondine“ wie Schiller seine Luise durch Wurms Mund bezeichnet ist Iselalette Wollbrink. Sie entspricht schon äußerlich in keiner Weise der Rolle. In der Darstellung ist sie noch zu sehr abhängig von der führenden Hand des Spielleiters. Es ist eine Fehlbesetzung, die der jungen Darstellerin, der man Engage nicht absprechen kann, in keiner Weise zum Vorteil gereicht.

Fehlbesetzt war auch die Rolle des Ferdinand mit Ewald Aigner. Dieser Jüngling, der in Liebesbrennen muß, dem die Flammen aus dem Herzen schlagen müssen, damit sein Verhalten verständlich wird, ist nichts als der Träger einer glänzenden Uniform. Er überzeugt nicht. Auch sein sprachliches Volumen ist zu gering, um diese blutvolle Rolle meistern zu können. Wenn er schweigend seiner tiefsten Erregung Ausdruck geben soll, weiß er sich nicht zu helfen.

Wenn Luise und Ferdinand kein Schluchzen im Parkett erzwingen, dann haben sie versagt. Daß mit diesen zwei Gestalten das ganze Stück steht und fällt, ist schon oben gesagt.

Dr. Walter Kunze.

Ortsausschuß der Freiburger Gewerkschaften. Am Mittwoch, 8. Januar, 18 Uhr, findet im Freiburger Gewerkschaftshaus, III. Stock, Zimmer 18, eine Ortsausschusssitzung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Delegierten erforderlich.

Verantwortlich für den Heilmittel: Hanns Adam Forster, Ottenberg.

Freiburger Chronik

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann erließ zu Neujahr einen Aufruf, in dem er die Ernährungslage streifte und auf die Leistungen und Hilfe der Schweiz, Dänemarks und Irlands hinwies. Im weiteren behandelte der Aufruf den Wiederaufbau, die in Bälde in Angriff zu nehmende Bodenpolitik und die in Aussicht stehende Schaffung einer Verfassung für Baden.

Das Wiederaufbaubüro der Stadt Freiburg erließ einen Aufruf für den Aufbaudienst aller aufbaudienstpflichtigen Männer zwischen 16 und 60 Jahren. Der Aufruf erfolgt zunächst für die Monate Januar und Februar 1947. Während der

An alle Ortsabteilungen. In der Zeit vom 10. bis 25. Januar sind in allen Ortsabteilungen unsere Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Feiern, wenn möglich in öffentlichen Veranstaltungen durchzuführen. Für Material verweisen wir auf die nächste Ausgabe des NEUEN TAG.

Die Veranstaltung „Weihnachtsreigen“ der Kindertanztruppe der Tanzschule Righi wird am Mittwoch, 8. Januar, wiederholt. Beginn 19.30 Uhr im Maria-Hilf-Saal.

Nach Einbruch der Dunkelheit werden infolge Mangels an Beleuchtungskörpern die Straßenbahnlinien 1, 3 und 6 eingestelt. Auf den Linien 1, 2, 3, 4 wurde während der Dunkelheit statt des

bisherigen 6-Minutenverkehrs der 12-Minutenverkehr und nach 19.30 Uhr der 20-Minutenverkehr eingeführt.

Wichtig für Raucher. Jeder Inhaber einer Raucherkarte muß bis spätestens Samstag, 11. Januar, bei einem der bekannten Tabakwaren-Spezialgeschäfte seine Raucherkarte zur Abstempelung und Abtrennung des Vorbestellabschnittes vorlegen. Wer diesen Termin versäumt, kann für Januar keine Tabakwaren erhalten. Die Tabakwaren an den Tabakwareneinzelhandel werden nur für die von diesem mit dem Wirtschaftsamt abgerechneten Bestellabschnitten zugeteilt.

Anfragen an ein Ernährungsamt. Neustadt (Schwzw.). Uns wird geschrieben: Laut Berichten verschiedener Zeitungen ist vor einiger Zeit im Landkreis Neustadt eine Untersuchung in den verschiedenen Lebensmittelgeschäften zur Durchführung gekommen. Bei dieser Aktion sollen zum Teil größere Bestände vorgefunden und beschlagnahmt worden sein. Die gesamte Öffentlichkeit ist daran interessiert, wozu diese beschlagnahmten Lebensmittel und Mangelwaren gekommen sind. Was sagen die zuständigen Stellen dazu? Außerdem sollte bei der nächsten Schuhzuteilung ein anderer Modus angewandt werden, als das letztes Mal der Fall war. Wir hoffen, daß in Zukunft auch die ehemaligen Kriegsteilnehmer mit Schuhwerk und Textilwaren versorgt werden.

8. Januar 1947 / DER NEUE TAG / Nr. 2 Seite 4

Bekanntmachung. Die Leiter der deutschen Unternehmungen werden auf die Verpflichtung aufmerksam gemacht, die Entnahme von Material und maschinellen Ausrüstungen in den Werken zu melden.

Spezialvordrucke (Formular Nr. 10) und entsprechende Anweisungen sind durch die Direction der Reparaturen und Wiedergutmachung (G. M. Z. F. O.) herausgegeben worden. Die Unternehmer, die diese Unterlagen noch nicht haben, können sich an die Offiziere des Büros Reparaturen und Wiedergutmachung bei jeder höheren Dienststelle wenden.

Es wird daran erinnert, daß die Erklärungen folgendes enthalten müssen: 1. Bei Entnahme durch die Erste Armee, d. h. in der Zeit bis zum 1. September 1945 muß die Erklärung, wenn möglich, den Namen des Offiziers enthalten, der die Beschlagnahme durchgeführt hat; ferner soll die Fotokopie der Dokumente beiliegen, die bei der Entnahme übergeben wurden.

2. Bei Entnahme nach dem 1. September 1945 sollen die Ausführungsbefehle oder die Entscheidungen, die durch die Zentralverwaltung des G. M. Z. F. O. getroffen wurden, beiliegen.

Diese beiden Erklärungen müssen in 4-facher Ausfertigung und nach dem obigen Gesichtspunkten streng getrennt eingereicht werden.

Die Einsendung erfolgt durch die Post an die „Direction des Reparations Restitutions Bureau Nr. 343“, Hotel Europäischer Hof, Baden-Baden.

AMTLICHE BERANNTMACHUNGEN. Es wird auf den beteiligten Gemeindefreien lebhaft Klage darüber geführt, daß junge Leute beiderlei Geschlechts ohne Berechtigung in die Holzhaushütten im Feldberggebiet eindringen und dort erheblichen Schaden anrichten. Gegenüber diesen Ungehörigkeiten und Rohheiten muß darauf hingewiesen werden, daß die gemeindeeigenen Holzhaushütten ausschließlich für die Zwecke der Holzhaubei bestimmt sind und eine widerrechtliche Benutzung unter keinen Umständen mehr zugelassen werden kann. Zuwiderhandelnde setzen sich der Bestrafung wegen Hausfriedensbruchs aus.

Freiburg i. Br., den 23. Dezember 1946. Der Landrat.

Bekanntmachungen der Stadt Freiburg. Aufbaudienst. Für die Monate Januar und Februar werden aufgerufen: alle aufbaudienstpflichtigen männlichen Einwohner der Stadt zwischen dem 16. und 60. Lebensjahr.

Es arbeiten am: 7. Januar 1947: A bis Bim, 8. Bin bis Da, 9. De bis einchl. E, 10. Fa bis From, 11. Fron bis Gria, 12. Grif bis Hei, 16. Hei bis Hu, 17. Hu bis Kek, 21. Kel bis Kor, 22. Kos bis Lei, 23. Lek bis Meh,

24. Mei bis Net, 27. Neu bis Rec, 28. Red bis Rud, am 3. Februar 1947: 10. V bis Weh, 11. Wei bis Wir, 12. Wis bis einschl. Z. Arbeitszeit: Beginn 8 Uhr pünktlich am Fahrenbergplatz, Ende 16.30 Uhr; halbtägige Mittagspause während der Ausgabe der warmen Mittagkost auf der Baustelle in der Zeit zwischen 11.30 und 12.30 Uhr. Eigenschier ist mitzubringen. — Wer seinen Arbeitstag im Monat Dezember noch nicht abgeleistet hat, ist aufgerufen, diesen an einem der Nachholtage des Monats Januar nachzuholen. — Die ehemaligen Angehörigen der NSDAP, der SS, SA und der SD, die in der Arbeitsperiode zwei Tage zu arbeiten haben, leisten ihren zusätzlichen zweiten Arbeitstag in folgender Weise ab: Buchstabe A bis Rud an einem beliebigen Arbeitstag im Monat Februar, Buchstabe Rue bis Z an einem beliebigen Arbeitstag im Monat Januar. Der Mittwoch jeder Woche ist Nachholtag. Nachholtag sind ferner der 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31.

Nachholungen werden nur anerkannt, wenn sie noch während des Auftrags abgeleistet werden. — Die Ableistung der Arbeit wird von der Beauftragung auf der Arbeitseinsatz-Meldekarte, die bei Arbeitsbeginn abzugeben ist, eingetragen. — Mündliche Auskünfte werden erteilt in der Dienststelle des Wiederaufbaubüros: Baracke am Fahrenbergplatz — Sprechstunden täglich 8 bis 12 Uhr. Freiburg i. Br. den 30. Dezember 1946. Das Wiederaufbaubüro der Stadt Freiburg i. Br.

Bekämpfung von Obstbaumschädlingen. Zur Bekämpfung und Abwehr von Krankheiten und Schädlingen an den Obstbäumen und -sträuchern sind die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Obstbäumen oder -sträuchern verpflichtet, spätestens bis zum 1. Februar jeden Jahres:

1. die abgestorbenen oder im Absterben begriffenen (abgängigen) Obstbäume und -sträucher, ferner die Obstbäume und -sträucher, die von Krankheiten (z. B. Krebs) oder Schädlingen (z. B. Blausäule, Borkenkäfer) so stark befallen sind, daß Bekämpfungsmaßnahmen nicht mehr zweckmäßig sind, zu beschneiden;

2. die Obstbäume und -sträucher sachgemäß auszutüpfen, dürre, abgängige Äste und Ästeile, Misteln und Kirchwurmbissen zu entfernen sowie die Obstbäume und -sträucher von Moosen, Flechten und alter Borke zu säubern;

3. Raupennester und Fruchtmäulen zu entfernen und sofort zu verbrennen; 4. die Obstbäume mit übermäßig hohen Baumkronen, an den die Durchführung dieser Maßnahmen nicht mehr möglich ist, zu entfernen, wenn sie nicht mehr zu verjüngen sind. (Vor Beschneidung alter Obstbäume ist der Rat des Städt. Gartenamts einzuholen.) Die Überwachung der angeordneten Maßnahmen obliegt neben den Ortspolizeibehörden den Pflanzenschutzämtern und deren Beauftragten; ihren Weisungen über die Art der Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist Folge zu leisten. Kommen die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Obstbäumen und -sträuchern den ihnen obliegenden Verpflichtungen trotz besonderer Aufforderung durch das Pflanzenschutzamt nicht nach, so können diese

Stellen die Bekämpfungsmaßnahmen auf Kosten der Verpflichteten selbst vornehmen oder vornehmen lassen. Das Pflanzenschutzamt kann mit Zustimmung der obersten Landesbehörde die Bekämpfungsmaßnahmen allgemein auf Kosten der Verpflichteten selbst vornehmen oder vornehmen lassen. Die Verpflichteten haben die erforderlichen Hilfsdienste zu leisten. Die Höhe der zu erstattenden Kosten wird durch die weiteren Verwaltungsverfahren festgesetzt. Wer den Vorschriften dieser Verordnung widerhandelt, wird nach § 13 des Gesetzes zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen bei vorsätzlicher Begehung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen, bei fahrlässiger Begehung mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. und mit Haft oder mit einer dieser Strafen bestraft. Das Städt. Gartenamt Freiburg.

Anordnung über Höchstpreise für Gemüse. Mit sofortiger Wirkung werden bis auf weiteres die folgenden Höchstpreise festgesetzt (die erstgenannte Ziffer ist der Erzeugerhöchstpreis, die zweite Ziffer der Verbraucherhöchstpreis):

1. Kohlgemüse: Kohlrabi, über 8 cm Durchmesser, je Stück 10 bezw. 18 Pfg., 6-8 cm Durchmesser, je Stück 8 bezw. 14 Pfg., 4-6 cm Durchmesser, je Stück 7 bezw. 11 Pfg., Kohlrabi nach Gewicht je 100 gr 18 bezw. 18 Pfg., Wurmgilbe je 100 gr 8 bezw. 14 Pfg., Weißkohl je 100 gr 7 bezw. 13 Pfg., Rotkohl je 100 gr 10 bezw. 16 Pfg., Grünkohl je 100 gr 10 bezw. 16 Pfg., Rosenkohl je 100 gr 12 bezw. 18 Pfg.

2. Blattgemüse: Endiviasalat, Mindestgewicht 300 gr je Stück 15 bezw. 25 Pfg., 400 gr je Stück 17 bezw. 26 Pfg., Endiviasalat nach Gewicht, leichte Ware je 100 gr 22 bezw. 35 Pfg., Acker Salat, großblättrig, je 100 gr 20 bezw. 30 Pfg., kleinblättrig je 100 gr 15 bezw. 21 Pfg., Blattspinat je 100 gr 14 bezw. 21 Pfg., Chinakohl je 500 gr 10 bezw. 16 Pfg., Petersilie, gebündelt, Bund ca. 50 gr, je Bund 8 bezw. 12 Pfg., 100 gr 12 bezw. 18 Pfg., Wurzelpetersilie je 100 gr 6 bezw. 10 Pfg., Zwiebeln je 100 gr 13 bezw. 23 Pfg., Karotten ohne Kraut je 100 gr 10 bezw. 18 Pfg., Butterrüben je 100 gr 6 bezw. 10 Pfg., Rote Rüben je 100 gr 8 bezw. 14 Pfg., Weiße Rüben je 100 gr 3 bezw. 6 Pfg., Schwarzwurzeln je 100 gr 30 bezw. 48 Pfg., Lauch Größe I je Stück 12 bezw. 21 Pfg., Größe II je Stück 10 bezw. 18 Pfg., Größe III je Stück 9 bezw. 16 Pfg., nach Gewicht je 100 gr 19 bezw. 34 Pfg., Sellerie mit Laub Größe I je Stück 20 bezw. 33 Pfg., Größe II je Stück 16 bezw. 26 Pfg., Größe III je Stück 12 bezw. 21 Pfg., ohne Laub, nach Gewicht, je 100 gr 27 bezw. 44 Pfg.

3. Für Treibhausware bleibt Sonderregelung vorbehalten.

4. Für Verbraucherhöchstpreise dürfen nicht überschritten werden; sie sind herabzusetzen, wenn der Erzeugerpreis zuzüglich Fracht, Emballagekosten und der nach der Frachtwagenordnung vom 27. 3. 1941 zulässigen Groß- und Kleinhandelspanne einen niedrigeren Verbraucherhöchstpreis ergeben. Die Preise gelten grundsätzlich — wo nichts besonderes vermerkt — für die Güteklasse A. Für Waren anderer Güteklassen sind die Preise entsprechend dem Wertminderung zu senken. Die Sortierungsbestimmungen sind genau einzuhalten.

IV. Zu den Bestimmungen dieser Anordnung werden nach den geltenden Vorschriften bestraft.

Freiburg, den 24. Dezember 1946. Badisches Wirtschaftsministerium — Preisbildungsstelle.